
Norman Birnbaum

Beatles oder Gebrüder Karamasow? Amerikanisch-deutsche Brüderschaft*



Prof. em. Dr. Norman Birnbaum, geb. 1926 in New York, lehrte am Georgetown University Law Center in Washington D.C. und ist Berater des Progressive Caucus im US-Kongress. Sein Buch „After Progress: American Social reform and European Socialism in The Twentieth Century“ erschien 2001 bei der Oxford University Press, die deutsche Übersetzung erscheint demnächst in der Deutschen Verlagsanstalt.

Der hervorragende deutsche Botschafter in den USA, Dr. Wolfgang Ischinger, hat einen Orden für Pflichtbewusstsein der besonderen Art verdient. Als ihm die Möglichkeit geboten wurde, in Ehren nach Berlin zurückzukehren, um dort eine Stellung als diplomatischer Berater des Kanzlers anzutreten, entschied er sich, seine bisherige Arbeit weiterzuführen. Wäre ich an seiner Stelle, ich wäre fast überall hin gegangen. Reykjavik zum Beispiel bietet natürliche Dampfsaunen und wenig Stress. Rom, wo Premierminister Berlusconi den Großteil seiner Zeit mit eigenen Mediengeschäften zu tun hat, wäre ein anderer entspannter Posten. Berlusconi ist Außenminister, und seine Diplomaten sagen ihm nach, er widme dieser Aufgabe mindestens eine halbe Stunde pro Woche: Die EU- Botschafter können ihre Zeit in ausgezeichneten Restaurants im Centro Storico oder in der Toskana verbringen.

Die Welt wäre um einiges besser, könnte die nicht ganz heilige Dreifaltigkeit, Bush, Cheney, Rumsfeld, überredet werden, selbst einmal einen langen Urlaub in Italien zu verbringen. Zurzeit ist die Atmosphäre der deutsch-amerikanischen Beziehungen von Beschuldigungen durchtränkt, die alle in Washington ihren Ursprung haben. Den Deutschen wird abwechselnd mangelnde Loyalität, Feigheit, Verrat und Blindheit gegenüber der Weltpolitik vorgeworfen. Die Sicht der Regierung wird dabei von den meisten unserer Deutschland-Experten in Orwellscher Einstimmigkeit wiederholt. Deren Sicht auf Deutschland ist meist bedingt durch die Art von Personen, die sie bei jenen unvermeidbaren Transatlantischen Konferenzen treffen, wo vorherrschende Klischees systematisch recycelt werden. Unsere Experten haben Ökonomie, Recht, Politikwissenschaft oder Internationale Beziehungen studiert. Ihr Wissen über die deutsche Geschichte ist nicht gerade fundiert, und ihr Verständnis der deutschen Gesellschaft basiert oft auf dem, was sie vor einigen Jahrzehnten während ihres

* Aus dem Amerikanischen übersetzt von Katharina Hemmer.

obligatorischen Auslandsjahres an einer Universität in der alten Bundesrepublik lernten. Kurz gesagt: Vielleicht sind sie gar keine solchen Experten. Um es noch schlimmer zu machen, sind sie durchaus ambitioniert - nämlich irgendeine Stelle in der Regierung, in den mittleren Gefilden der Bürokratie, zu ergattern. Der deutsche Ausdruck „aus der Reihe tanzen“ fällt einem hier ein: dies ist in der Tat keine ihrer üblichen Erholungsübungen. Also verlaublich sie feierlich die angestaubtesten aller herkömmlichen Meinungen, als wären es frische Gedanken.

An vorderster Stelle rangiert dabei der Satz, dass Deutschland seine „Verantwortungen“ übernehmen müsse (ein Euphemismus, der besagt, dass der deutsche Kanzler und Außenminister mit der Hand an der Hosennaht stehen sollen, sobald der amerikanische Präsident seine Anordnungen gibt.) Deutschland müsse „sklerotische“ Institutionen reformieren. Dieser Euphemismus meint, der Sozialstaat solle demontiert werden. Dafür, dass die Arbeit „beweglich“ sein müsse, sprechen sich insbesondere Professoren mit lebenslanger Anstellung oder Ökonomen mit sicheren Jobs bei internationalen Institutionen wie dem IMF aus. Manchmal laufen diese beiden Fäden zusammen. Der frühere Botschafter Richard Burt schlug nach den Bundestagswahlen vor, Gerhard Schröder solle im Hinblick auf den Schaden, den er den deutsch-amerikanischen Beziehungen zugefügt habe, zurücktreten. (Sein Nachfolger, Botschafter Coates, und dessen Stab, ebenso wie altgediente Regierungsmitglieder wie Rumsfeld und die diplomatische Beraterin des Präsidenten, Dr. Rice, mischten sich auf eklatante Art in die Wahlen ein. Schröder und Fischer taten jedenfalls gut daran, Coates nicht als persona non grata zu deklarieren und ihn nach Hause zu schicken. Sie kalkulierten korrekt, dass sie bei jedem Mal, das einer oder eine von Bushs Leuten den Mund aufmachte, weitere 50 000 Stimmen sammeln würden.) Burt hatte sich vorher damit hervorgetan, dass er, als Angestellter der Unternehmensberatungsfirma McKinsey, das deutsche System der Arbeitnehmer-Management-Beziehungen wiederholt verunglimpft hatte. Ein großer Teil des Grolls auf Deutschland hat nicht mit seiner Außenpolitik zu tun, sondern liegt vielmehr im Erfolg seines Sozialmodells sogar in diesen relativ schwierigen Jahren. Alles in allem preisen die Experten, die Deutschland so zwanghaft attackieren, die Vorzüge, die sie durch harten persönlichen Kampf für den Mittelklasse-Status der USA erringen konnten (Privatrenten-Ersparnisse und Krankenversicherung, unzählige Steuervergünstigungen etwa bei Hypotheken und Spareinlagen, Wohnmöglichkeiten in Gegenden, wo die Schulen annehmbar gut sind). Die Idee einer Gesellschaft, die so egalitär ist, dass in ihr jeder einen Anteil von dem bekommt, was in den Vereinigten Staaten allein für die obere Hälfte der Bevölkerung reserviert ist, ist irgendwie schwierig zu akzeptieren.

Etwas, was von den amerikanischen Kritikern Deutschlands mit diskretem Schweigen übergangen wird, ist die Wehrpflicht. Es gibt sie bei uns seit dem Vietnam-Krieg nicht mehr, und ich möchte hier keine geringere Autorität für dieses Thema zitieren als Ronald Reagan. Als er am Anfang seiner Amtsperiode gefragt wurde, warum er die Wehrpflicht nicht wieder einführe, erklärte er, dass er keine Revolution provozieren wolle. Reagan hatte Recht: Eine Weiterführung des Krieges in Vietnam war durch die Meuterei innerhalb unserer Truppen unmöglich geworden. Und diese Meuterei wiederum war durch die gesellschaftliche Schiefelage bei der Auswahl derer, die eingezogen wurden, hervorgerufen worden. Die Kommentatoren, Experten und Politiker, die die Deutschen wegen ihres Mangels an Kriegstugend kritisieren, haben ohne Ausnahme nie Militärdienst in ihrem Land geleistet. Die jüngsten Angriffe auf Deutschland lassen außer Acht, dass Deutschland im Kalten Krieg bereit war, eine Armee von anderthalb Millionen an die Front zu schicken, genauso wie man sich nicht bei der Rolle der Deutschen auf dem Balkan aufhält (ganz zu schweigen von der Vertrau-

ensfrage, der sich Schröder wegen der Entsendung von Einsatztruppen nach Afghanistan stellen musste, und mit der er immerhin seine Regierung aufs Spiel setzte.)

Doch selbst die Konfrontation mit solchen unbequemen Tatsachen lässt die amerikanischen Kritiker kalt. Schröder hat, so sagen sie, die Wahlen nur mittels „Antiamerikanismus“ gewonnen. Nichts, was irgendein Deutscher über Bush oder über ethnozentrische Selbstbespiegelung äußert, ist vergleichbar mit dem, was viele Amerikaner sagen. Dass die katholischen Bischöfe in den Vereinigten Staaten sowie eine breite Koalition von protestantischen Führungspersonen, eine große Anzahl Wissenschaftler und Menschen mit untadeligem Leumund im nationalen Sicherheitsapparat sowie Bill Clinton (schwankend) und Jimmy Carter (definitiv) genauso wie Republikaner wie Brent Scowcroft gegen den Krieg im Irak sind, wird nicht erwähnt. Dass die Skepsis der Deutschen gegenüber Krieg als einem Instrument der nationalen Politik ein Ergebnis ernsthafter Reflektionen über die Zeit von 1870 bis 1945 sein könnte, dass acht von zehn Deutschen im Gegensatz zu fünf von zehn Amerikanern zur Wahl gingen, und dass Bushs neue imperialistische Doktrin von einigen unserer ernsthaftesten Denkern als durch die Illusion von Omnipotenz entstellt kritisiert wird, findet ebenso keine Erwähnung.

Ein besonders gemeiner Aspekt ist dem aktuellen transatlantischen Dialog durch eine bestimmte Israel-Lobby hinzugefügt worden. Durch Deutschlands (absolut ehrenhafte) Anstrengungen aufgeschreckt, beim Konflikt im Heiligen Land zu vermitteln, stellen sie Deutschlands Weigerung, den Irak anzugreifen, als schlagenden Beweis für deutschen Antisemitismus oder wenigstens eine heimliche Sympathie für Israels Feinde, die Araber, hin. Es sollte gesagt werden, dass die bedingungslose Unterstützung Israels durch einen Großteil der jüdischen Gemeinde in Amerika von einer beträchtlichen Anzahl anderer amerikanischer Juden (mich eingeschlossen) für ein moralisches Desaster gehalten wird, das unheilvolle politische Auswirkungen hatte. Unter denen, die Anfang Oktober 2002 im Kongress für die Irak-Resolution stimmten, waren ansonsten fortschrittliche Kongressabgeordnete und Senatoren, die mit der israelischen Lobby verbunden sind (wie z. B. Hillary Clinton). Es muss allerdings auch gesagt werden, dass eine große Anzahl prominenter jüdischer Amtsinhaber (die Senatoren Boxer aus Californien und Levin aus Michigan sowie der Kongressabgeordnete Frank aus Massachusetts) das Format hatte, nein zu sagen. Das jüdische Bewusstsein ist nicht tot, bei den meisten schläft es nur. Das ist bedenklich genug, doch gerade dieser Bestandteil der amerikanischen Versuche, Druck auf Deutschland auszuüben, ist besonders widerwärtig. Antisemitismus ist eine zu ernste Angelegenheit, als dass er für politischen Druck instrumentalisiert werden sollte.

Es gibt mit Sicherheit deutsche Kommentatoren und Politiker, die darauf brennen, den Status quo ante wiederherzustellen. Dabei gibt es ein Problem: Er lässt sich nicht wiederherstellen. Die deutsche Unabhängigkeitserklärung erkannte die Tatsache, dass die Interessen der Bundesrepublik Deutschland und der USA nicht immer identisch sind. Ebenso schenkte sie der deutschen öffentlichen Meinung gebührende Achtung, die, weil sie den größten Teil der modernen deutschen Geschichte als Katastrophe einschätzt und diese nicht wiederholen möchte, auch wenn sie sich dabei den deutschen Amerika-Apologeten zufolge in guter Gesellschaft befinden würde. Das Wilhelminische Deutschland und das Deutschland unter Hitler haben immerhin versucht, Europa zu beherrschen; unsere Ambitionen sind, urteilt man nach der neuen Sicherheits-Doktrin Bushs, weit weniger maßvoll, wollen wir doch immerhin unseren Willen der ganzen Welt aufzwingen. Einige derer, die die rot-grüne Koalition so ausgesprochen kritisiert haben, gehen erstaunlich weit. Ich war perplex, als ich Dr. Schäuble (vor dem ich als Mensch und Politiker großen Respekt habe) die „Zerstörung“

der deutsch-amerikanischen Beziehungen bedauern hörte (so in einem amerikanischen Radiointerview). Ich hatte den Eindruck gewonnen, dass Dr. Schäuble im Wahlkampf den bayrischen Ministerpräsidenten unterstützte, der mit der Politik des Kanzlers übereinstimmte und sogar einen Schritt weiter ging. Es war Ministerpräsident Stoiber, nicht der Kanzler, der erklärte, dass er als Kanzler im Falle eines amerikanischen Angriffs auf den Irak ohne UN-Sanktion den USA die Nutzung deutscher Einrichtungen verweigern würde. Und was einige der anderen deutschen Schröder-Kritiker angeht, so werden ihre Erklärungen von unseren außenpolitischen Abteilungen als Wiedergutmachung früherer Schulden gesehen: Imperialistische Dankbarkeit glänzt eben nur durch ihre Abwesenheit.

Es gibt einen weiteren Gesichtspunkt. Die amerikanische Politik hinsichtlich der Kontrolle Europas folgt dem Prinzip „divide et impera“. Ein Deutschland mit starken Bindungen zu Frankreich mit seinen gaullistischen Traditionen wäre für die Art des Druckes, den Amerika zurzeit ausübt, kaum zugänglich. Dennoch ist die zwanghafte Wiederholung der Amerikaner, Deutschland sei nun „isoliert“, lächerlich. Es stimmt, dass die Entwicklung einer eigenständigen europäischen Sicherheitspolitik Deutschlands Position stärken würde, doch hierfür wäre *mehr* Ungebundenheit von den USA nötig, nicht weniger.

Das Erstaunliche an der amerikanischen Debatte ist, dass sie sich auf einen relativ kleinen Zirkel außenpolitischer Experten begrenzt. Die breite Öffentlichkeit schenkte ihr bisher kaum Aufmerksamkeit, abgesehen von der einmaligen Schlagzeile über den angeblichen Vergleich Bushs mit Hitler der früheren Justizministerin. (Auch hier haben wieder Amerikaner wie z. B. Al Gore im Grunde das Gleiche gesagt.) Ich bedauere den Rücktritt einer sehr guten Ministerin und bedeutenden Sozialdemokratin aufgrund eines so trivialen Vorwandes, und denke es hätte gereicht, hätten sie und der Kanzler eine Entschuldigung angeboten. Ihr Rücktritt hat die amerikanische Elite nur in ihrer pathologischen Selbstüberschätzung bestärkt, und es wäre eine weit angemessenere Demonstration deutscher (und europäischer) Unabhängigkeit gewesen, wäre sie im Amt geblieben. Es geht letztendlich nicht um ihre Äußerung oder um die spezifische Politik des Kanzlers, sondern um den deutschen Wunsch nach Unabhängigkeit. Diesbezüglich ist jener Teil der amerikanischen Meinung, der sich mit der Welt außerhalb der USA überhaupt befasst, mit Sicherheit nicht sonderlich besorgt. Es gibt gewisse Hassbriefe an die Botschaft, und auf der anderen Seite eine Menge Bestärkung aus Kalifornien, die, wenn das so weitergeht, als Beginn eines Prozesses der Angliederung an die Bundesrepublik gemäß Art. 23 Grundgesetz aufgefasst werden könnte. Das würde, mit Blick auf die große schwarze, Latino- und asiatische Bevölkerung in Kalifornien, sicherlich einen großen Schritt hin zum deutschen Multi-Kulturalismus bedeuten. Und Hollywood als deutsche Stadt (Heiliger Wald würde wunderbar passen) würde NRW für die schleppende Entwicklung seiner Medienindustrie entschädigen. Ganz abgesehen von solchen Spekulationen muss gesagt werden: MdB Friedbert Pflüger (CDU) ist Schröders Politik weit mehr leid als der Durchschnitt der amerikanischen Bundesbürger. Meinungsumfragen zeigen, dass sogar die, die einen Angriff auf den Irak befürworten (eine sinkende Zahl, während die Opposition an Boden gewinnt), darauf insistieren, dass Bush sich zuerst mit unseren Verbündeten absprechen sollte, um eine gemeinsame Operation durchzuführen. Und es ist genau die Weigerung Bushs, dies zu tun, die er in der Cheney-Rede ausdrückte und die Schröder zu seiner Entscheidung brachte. Man kann sogar sagen, dass Schröder Tony Blair stärkte, der verzweifelt versucht hat, wenigstens ein Minimum Rationalität in der Haltung der USA herbeizuführen. Nuancen dieser Art entgehen den meisten amerikanischen Bürgern, doch wenn sie nach ihren Sorgen gefragt werden, würden die meisten der Außenpolitik der Bundesrepublik keine oder jedenfalls keine sehr große Priorität zumessen.

Und nun? Es ist offensichtlich, dass insbesondere die SPD es in ihrer Regierungszeit merkwürdigerweise vernachlässigt hat, eben jene amerikanischen Gruppen und eben das Segment der Demokratischen Partei zu fördern, die die Politik Schröders am meisten begrüßt haben. Die „Campaign for America’s Future“ ist die Dachorganisation des linken Flügels der Demokratischen Partei. Sie repräsentiert Gruppen von Schwarzen, Umweltaktivisten, Feministen, Menschenrechtlern, Globalisierungskritikern, Latinos, Pazifisten und Rüstungsgegnern genauso wie Gewerkschafter von AFL-CIO - insgesamt fast zwanzig Millionen Menschen. Ihr wurde nicht halb so viel Aufmerksamkeit geschenkt wie dem Democratic Leadership Council, jener Gruppe der Demokratischen Partei, die die reformistischen Traditionen der Partei leugnet und nichts so sehr verlangt wie eine Distanzierung von den amerikanischen Gewerkschaften. Weder der Congressional Black Caucus noch der Progressive Caucus wurden von SPD-Parlamentariern angesprochen. Nun, da die intellektuelle Leiche des späten unbeweinten Dritten Weges begraben wurde, können wir vielleicht zu den wirklich wichtigen Dingen zurückkehren und den ideologischen Zeitvertreib beiseite lassen!

Anstatt über den Zustand des deutsch-amerikanischen Verhältnisses zu lamentieren, wäre es für die rot-grüne Koalition und das breite Spektrum an Bürgerinitiativen und Gewerkschaften, die sie unterstützen weit realistischer, eine andere Art des transatlantischen Dialogs zu eröffnen. Eine Art des transatlantischen Dialogs, die die republikanische Regierung links liegen lässt und Beziehungen zu den internationalsten und sozial progressivsten Sektoren der amerikanischen Meinung entwickelt. Es sollte nicht ganz vergessen werden, dass wir immerhin eine Wahl gewonnen haben, die von jenen, die der Welt jetzt gerne Nachhilfe in Demokratie geben würden, gestohlen wurde. Indem sie nach einer Lösung der momentanen Krise mittels Projekten für gerechte Entwicklung und Menschenrechte, durch das gemeinsame Nachdenken über die Grundlagen einer demokratischeren und sozial gerechten internationalen Ordnung suchen, könnten Amerikaner und Deutsche einen großen Beitrag zur Wiederherstellung der deutsch-amerikanischen Beziehungen auf der Basis von authentischen gemeinsamen Interessen leisten, die in den wahren Bedürfnissen ihrer Zivilgesellschaften wurzeln.